



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/123.30-01 und 986.90-10

Drucksache 20-3317

Datum 23.02.2017

Beschluss

Umbau Grabbestraße

Durch seit Jahren stetig steigende Anmeldezahlen an den Gymnasien im Altonaer Kerngebiet ist es notwendig geworden, das Gymnasium Allee zu erweitern. Dabei stoßen Schul-Erweiterungspläne im innerstädtischen stark verdichteten Kerngebiet schnell auf räumliche Grenzen. Auch im Falle der Erweiterungs-Planungen für das Gymnasium Allee musste schon eine Teilfläche des Schulgeländes in den öffentlichen Park an der Goetheallee verlagert werden.

Trotz dieser Erweiterung in den Park hinein wird es aber durch den Zubau auf dem Schulgrundstück zu einem weiteren Verlust von Freiflächen kommen und damit zu einer immer engeren Situation für die Schüler.

Die Bezirksversammlung Altona hat daher der Behörde für Schule und Bildung (BSB) im Planungsprozess vorgeschlagen, die angrenzende Sackgasse „Grabbestraße“ durch geschickten Umbau zu mehr Aufenthaltsqualität zu verhelfen und damit den Schülern dort eine Art Ausweichraum zu ermöglichen. Erste Projektskizzen liegen dafür im Fachamt für Management des öffentlichen Raums in Altona vor, die Kosten für die Maßnahme werden dort grob mit 80.000-120.000 Euro geschätzt.

Die BSB und die Schulleitung haben seiner Zeit zwar die Idee „Grabbestraße als Straße mit Aufenthaltsqualitäten“ begrüßt, hinsichtlich der Finanzierung durch die Schulbehörde wurde allerdings eine Absage erteilt.

Im Sinne der Schüler des Gymnasiums darf dies aber nicht das letzte Wort sein, sondern die Stadt Hamburg und der Bezirk Altona sollten nun gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um dieses gute Projekt doch noch umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung:

- 1. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) wird gemäß § 27 BezVG gebeten, RISE-Mittel für den Umbau der Grabbestraße bereitzustellen. Die Bezirksversammlung Altona wird dabei bis zu 50% der entstehenden Kosten, jedoch höchstens 60.000 Euro, für diese Maßnahme aus Politikmitteln bereitstellen.**
- 2. Der Verkehrsausschuss ist an den Planungen des Straßenumbaus zu beteiligen. Darüber hinaus ist der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung fortlaufend über den aktuellen Sachstand zu informieren.**